

Pressemitteilung

Berlin, 26. Mai 2020

Sicherheitsreport 2020 Spezial Corona

Die aktuelle Stimmungslage der Bürger

- **Große Sorgen über die wirtschaftliche Entwicklung**
- **Bevölkerung rechnet mit längerer Dauer der Corona-Krise**
- **Infektionsängste gehen zurück**
- **Differenzierte Bewertung des Krisenmanagements**
- **Forderung nach mehr Geld für Schulen, Gesundheitssystem und Familien**
- **Jeder vierte Deutsche glaubt an Verschwörungstheorien**

Viele rechnen mit längerem Abschwung

Seit Ausbruch der Corona-Krise ist die Bevölkerung im Stimmungstief. Nur noch 22 Prozent sehen den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnungen entgegen, 71 Prozent mit Befürchtungen und Skepsis. Während die Infektionsängste zurückgehen, ist die überwältigende Mehrheit über ökonomische Kollateralschäden beunruhigt: 76 Prozent der Bürger machen sich aktuell über die Auswirkungen auf die Wirtschaft Sorgen. 70 Prozent erwarten, dass sich die Konjunktur in den nächsten zwölf Monaten noch nicht erholt, 40 Prozent rechnen sogar mit einem noch längeren Abschwung.

Die staatlichen Stützungsprogramme für die Wirtschaft halten 57 Prozent für hilfreich. Gleichzeitig ist die Mehrheit jedoch überzeugt, dass den meisten Unternehmen nicht ausreichend geholfen wird.

Aktuell ist jeder Fünfte persönlich von Kurzarbeit und Betriebsschließungen betroffen; 17 Prozent haben in ihrem Haushalt Angehörige, die betroffen sind. 46 Prozent erwarten, dass sich ihre eigene wirtschaftliche Lage aufgrund der Corona-Krise verschlechtern wird; allerdings rechnen nur zwölf Prozent mit gravierenden Einbußen.

Aktuell sind die Betriebe stärker betroffen als die große Mehrheit der Bevölkerung. 58 Prozent der Bürger bewerten ihre derzeitige wirtschaftliche Situation mit gut oder sehr gut. Dieser Anteil ist gegenüber dem Vorkrisenniveau nicht signifikant gesunken.

„Wieweit die Krise den Wohlstand der Bevölkerung angreift, wird sich erst in einigen Monaten abschätzen lassen. Wenn es in der Mehrzahl der Fälle bei einer vorübergehenden Kurzarbeit bleibt, könnte die Krise für die überwältigende Mehrheit vorerst glimpflich verlaufen“, sagt Prof. Dr. Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach.

Die Infektionsängste gehen zurück – die Bürger rechnen aber mit einem langen Weg in die Normalität

Die Sorge, sich persönlich mit dem Corona-Virus zu infizieren, hat in den letzten Wochen deutlich abgenommen. Im April fürchteten noch 44 Prozent eine Infektion, aktuell 31 Prozent. Zwei Drittel halten jedoch die Maskenpflicht in der derzeitigen Situation noch für notwendig, auch wenn viele sie als nervig empfinden.

Die Mehrheit der Bürger richtet sich darauf ein, dass der Rückweg in die Normalität länger dauern wird. 38 Prozent gehen von mehreren Monaten aus, 51 Prozent von einem längeren Zeitraum.

Bemerkenswert ist, dass der Sorgenkatalog der Bürger nach wie vor von den Folgen des Klimawandels angeführt wird, während Ängste um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes zwar zugenommen haben, aber in dem Sorgenkatalog der Bevölkerung auch heute relativ weit unten rangieren.

Große Anerkennung für das Gesundheitssystem und die Unternehmen

Die überwältigende Mehrheit attestiert vor allem den Krankenhäusern und den Arbeitgebern ein gutes Krisenmanagement. 92 Prozent haben den Eindruck, dass sich die Krankenhäuser in der Krise gut geschlagen haben. 70 Prozent attestieren dies auch dem eigenen Arbeitgeber. Schwächer fällt die Bilanz für das Bildungssystem und für die kommunale Verwaltung, die Ämter und Behörden vor Ort aus. Ihnen wird nur von rund der Hälfte der Bürger attestiert, dass sie auf die Ausnahmesituation gut reagiert haben. Ähnlich wird die Arbeit der Polizei bei der Durchsetzung der staatlichen Maßnahmen bewertet: 54 Prozent bewerten die Einsätze der Polizei als hilfreich, jeder Fünfte bewertet sie als weniger hilfreich. Das Engagement der Bundeswehr stufen 30 Prozent als hilfreich, 23 Prozent als weniger hilfreich ein; fast die Hälfte der Bevölkerung traut sich hier kein Urteil zu.

Die Krise hat den Bürgern auch viele Defizite deutlich gemacht. Entsprechend plädiert die überwältigende Mehrheit dafür, trotz der knapper werdenden Staatsfinanzen mehr in die Ausstattung von Schulen und in das Gesundheitssystem zu investieren. 86 Prozent der Bürger fordern mehr Investitionen in die Ausstattung der Schulen, 84 Prozent mehr Mittel für das Gesundheitssystem. Auch für Familien mit Kindern, für die Förderung von Digitalisierung und für Umweltschutz fordert die Mehrheit eine Erhöhung der Staatsausgaben. „Die Corona-Krise hat für fast jeden Bürger spürbar gemacht, wie rückständig Deutschland in Sachen Digitalisierung ist. Und die Menschen erwarten jetzt, dass nun endlich kräftig in die Digitalisierung von Bildung, Gesundheit und öffentlicher Verwaltung investiert wird“, betont Prof. Dr. Klaus Schweinsberg vom Centrum für Strategie und Höhere Führung.

Gerade im internationalen Vergleich ist den Bürgern bewusst geworden, dass Deutschlands Gesundheitssystem für solche Krisen deutlich besser gerüstet war und ist als in anderen Ländern. Dadurch hat sich die ohnehin schon hohe Anerkennung für das deutsche Gesundheitssystem weiter erhöht. 89 Prozent der Bevölkerung bewerten das deutsche Gesundheitssystem mit gut oder sehr gut – der höchste Wert im Verlauf der letzten 20 Jahre.

Auch der Wissenschaft stellt die Bevölkerung überwiegend ein gutes Zeugnis aus: 83 Prozent haben den Eindruck, dass Virologen zurzeit einen großen oder sogar sehr großen Einfluss auf die Politik ausüben; die Mehrheit hat damit kein Problem, sondern hält den Einfluss für angemessen. Dem RKI wird von 69 Prozent der Bürger großes oder sogar sehr großes Vertrauen entgegengebracht, während 23 Prozent sich kritisch äußern.

Stabil große Anerkennung für die Politik der Bundesregierung

Die große Mehrheit der Bürger attestiert der Bundesregierung stabil ein gutes Krisenmanagement. Im April zogen 75 Prozent diese Bilanz, im Mai 74 Prozent. Die Anerkennung fällt parteiübergreifend aus, mit einer Ausnahme: die Anhänger der AfD bewerten das Krisenmanagement weit überwiegend kritisch.

Besonders positiv fällt das Urteil über das Krisenmanagement von Kanzlerin Angela Merkel aus; ebenso auch in Bezug auf das Krisenmanagement von Ministerpräsident Söder, Finanzminister Scholz und Gesundheitsminister Spahn.

Ein Viertel der Deutschen ist anfällig für Verschwörungstheorien

Insbesondere in sozialen Netzwerken wird teilweise der Verdacht geäußert, dass die politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie ganz andere Ziele verfolgen, als von Politik und Medien kommuniziert. 27 Prozent der Bevölkerung glauben, dass dieser Verdacht begründet ist. Von den Anhängern der AfD ist die überwältigende Mehrheit davon überzeugt.

38 Prozent haben auch den Eindruck, dass versucht wird, die Menschen zu ängstigen, damit sie die politischen Maßnahmen klaglos hinnehmen. 27 Prozent glauben, dass man vorsichtig sein muss, seine Meinung zu der aktuellen Situation und den politischen Maßnahmen zu äußern; von den Anhängern der AfD sagen dies 73 Prozent. Die große Mehrheit der Bürger widerspricht: 65 Prozent haben den Eindruck, dass sie ihre Meinung zu der aktuellen Lage und den politischen Maßnahmen frei äußern können.

Über den Sicherheitsreport

Der Sicherheitsreport wurde 2011 vom Centrum für Strategie und Höhere Führung entwickelt und wird seither jährlich erhoben.

Im Auftrag des Centrums für Strategie und Höhere Führung führt das Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach mindestens einmal pro Jahr eine repräsentative Befragung zu den Risikowahrnehmungen und -einschätzungen der Bevölkerung durch. Für die Sonderausgabe des Sicherheitsreports 2020 „Spezial Corona“ wurden zwischen 6. und 14. Mai insgesamt 1013 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre durchgeführt. Die letzte reguläre Erhebung des Sicherheitsreports fand zwischen dem 9. und 22. Januar 2020 statt. Die Leitung der Studie liegt bei Professor Dr. Renate Köcher und Professor Dr. Klaus Schweinsberg.

Weitere Ergebnisse unter: www.sicherheitsreport.net

Pressekontakt:

Markus Förderl: markus.foederl@glh-online.com 0172 9051869

Dr. Markus Küppers: mkueppers@ifd.allensbach.de 07533 805-0

Centrum für Strategie und Höhere Führung

Das Centrum für Strategie und Höhere Führung ist spezialisiert auf das Coaching und die Fortbildung von Führungskräften. Ein Tätigkeitsschwerpunkt sind Trainings für das Entscheiden in komplexen Lagen und unter hoher Unsicherheit. Das Centrum wurde 2009 von Professor Dr. Klaus Schweinsberg gegründet. Schweinsberg ist auch Autor des Buches „Stresstest 2020 – Erfolgsfaktor Ungewissheitskompetenz“ (ISBN 978-3-451-38831-6), das im Juni im Herder-Verlag erscheinen wird.

Institut für Demoskopie Allensbach

Das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD Allensbach) gehört zu den renommiertesten Adressen für Umfrageforschung in Deutschland. Professor Dr. Renate Köcher leitet als Geschäftsführerin das IfD Allensbach, das sich im Besitz der Stiftung Demoskopie Allensbach befindet.